

Sagen, was Sache ist. Lesen, was schlaun macht.

begründet 1993



informiert  
engagiert und  
unzensuriert.

# s Rote Füchse



[www.spd-ehingen.de](http://www.spd-ehingen.de)



Nr. 207

erscheint monatlich

1. März 2011

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ebingen / Donau und Umgebung

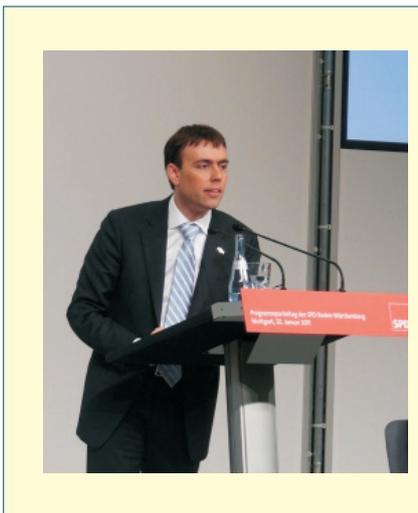
Leute, die sich zu klug dünken, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die möglicherweise dümmer sind als sie selbst. (Nach Platon)

SPD-Landesparteitag in Stuttgart: Wahlkampfauftakt mit deutlicher Ansage

## "Genug ist genug"

Willi Bernhard, Meckenbeuren (Roter Seehas)

So endete eine Rede, die mit der Feststellung begann, nach knapp 58 Jahren CDU-Herrschaft gebe es die Chance auf einen historischen Wechsel nach 20 997 langen Tagen christdemokratischer Regierung in Baden-Württemberg.



Nils Schmid

(Foto: Winfried Kropp, Konstanz)

Wer zum Wahlkampfauftakt der Landes-SPD in die Liederhalle in Stuttgart-Mitte reisen will, sollte nicht versehentlich zur

Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen fahren. Sonst verpasst man womöglich die Begrüßungsrede der stellv. SPD-Landesvorsitzenden und ver.di-Gewerkschafterin Leni Breymeier. Sie heißt eine stattliche Zahl prominenter Gäste (wie Ernst Ulrich von Weizsäcker) und die Repräsentanten etlicher Verbände, von den Gewerkschaften über die Kirchen bis zu den Wohlfahrtsorganisationen, willkommen.

Beinahe übersieht sie, dass der Parteitag auch noch ordentlich konstituiert werden muss, zum Beispiel mit der Wahl eines handlungsfähigen Präsidiums, dem auch Norbert Zeller (MdL, Friedrichshafen) angehört.

### Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 3 Liebe Leser/-innen!  
Wir gratulieren | Impressum|
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 Rückblick auf das Jahr 2010 (60+)
- 6 Blaubeurer Erklärung, Kommentar
- 7 Einladung 60+  
Argumente zur Landtagswahl
- 8 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
- 9 Damals im März
- 10 "Münze" bei uns in Ebingen  
(L)eserpost I
- 11 (A)bgestimmt - wie?
- 12 Protokoll Dienstagstreff
- 13 "Die XXXL-Gesellschaft"
- 14 (L)eserpost II bis VI
- 15 Heiß auf den Wechsel?!
- 16 Torsten Schäfer-Gümbel bei uns in der Lindenhalle - (L)eserpost
- 17 Und samstags zur Erholung frei
- 19 Der Kunde ist der Depp 1-4
- 20 Termine, Hinweise u. a. ■



Adress-  
Aufkleber

EU-D-89584 Ebingen / Donau und Umgebung



Fortsetzung von Seite 1

Nils Schmid, der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die baden-württembergische Landtags-Wahl, zieht Hand in Hand mit seiner Gattin in den Liedersaal ein, begeistert begrüßt von den Delegierten aus den Kreisverbänden. Der neue Hoffnungsträger hält eine mitreißende Rede, die ihm viel besser gelingt als noch beim letzten Landesparteitag im Oktober in Ulm. Nils Schmid erinnert daran, wie am 27. September 1998 nach 5696 Tagen (16 Jahre mal 365) der CDU-Kanzler Helmut Kohl abgelöst werden kann und Gerhard Schröder ins Kanzleramt einzieht. Zum Greifen nah ist aktuell die Chance, nach 20 997 Tagen CDU-geführter Landesregierungen in Baden-Württemberg (von 1953 bis 2011) jetzt endlich einen Machtwechsel herbeizuführen. Kurt Beck, SPD-Ministerpräsident aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz, sieht seinerseits gebannt auf den Wahltag am 27. März 2011. Er verspricht, mit Nils Schmid noch am Wahlabend zu telefonieren, um sich gegenseitig zum Wahlsieg zu gratulieren.

Beim ersten persönlichen Aufeinandertreffen im April will Beck dann Nils Schmid als Ministerpräsidenten-Kollegen begrüßen, sagt er in seiner Rede vor dem Stuttgarter SPD-Landesparteitag. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist freilich erst nach der konstituierenden Sitzung des neugewählten Landtages im Juni terminiert.

Seinem Kontrahenten Stefan Mappus hält Nils Schmid Verfassungsverstoß vor (beim Rückkauf der EnBW-Anteile), Vetterleswirtschaft, Politik nur für die großen Konzerne, Bürgerferne, Zick-Zack-Kurse en masse statt einer klaren politischen Linie.

Umgekehrt verspricht der SPD-Landesvorsitzende als neuer Ministerpräsident einen klaren politischen Kurs zur besseren Chancengleichheit von Migranten im Ländle, eine bessere Sprachbildung in den Kindergärten, die Abschaffung der Studiengebühren und den Umbau des dreigliederten Schulwesens zu einer zehnstufigen Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg.

### Für ihn ist auch klar, sagt er an die Adresse des möglichen Koalitionspartners, die Grünen:

Die Sozialdemokraten sind die Infrastrukturpartei, das heißt die politische Kraft, die für den notwendigen Ausbau der Straßen- und der Schienenwege, des Stromnetzes für die erneuerbaren Energieträger und anderer Einrichtungen sorgen will. Die SPD will zudem den Landesbeamten keine Mehrarbeit über den jetzigen Rahmen der Arbeitszeit hinaus zumuten. Und: Mehr Demokratie im Lande nicht nur wagen, sondern auch machen mit mehr Chancen für erfolgreiche Volksbegehren und Volksabstimmungen als bislang.

Nils Schmid verrät auch, wie er seine Stimme in dem kommenden Wahlkampfmarathon fit halten kann: mit dem Rezept der türkischen Familie seiner Frau Tülay. Sie klatscht nach der Rede von Nils ebenfalls begeistert Beifall wie die beiden Abgesandten der evangelischen und der katholischen Kirche.

Weiter auf Seite 5 →→→

Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

#### Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,  
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;  
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,  
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender  
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,  
Fon 07391-5 39 05,  
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende  
**Heidi Ankner**;  
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße 7,  
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -  
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**,  
Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;  
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,  
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;  
Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;  
Mitarbeiterin Susanne Nödinger

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon  
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67  
13, hilde.mattheis@bundestag.de;

Kerstin Krell, Karl Piberhofer, Bettina Schulze (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB,  
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,  
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,  
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Matthias  
Genchi - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete  
**Evelyne Gebhardt MdEP**; Keltergasse 47,  
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;  
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;  
www.evelyne-gebhardt.eu ■



# Liebe Leserinnen und Leser!

## Es war bei Jauchs "Wer wird Millionär?"

Ein junger Verwaltungsangestellter einer bayerischen Mittelstadt sollte erraten, welche Fernsehsendung genau am 31. Dezember 2010 zum genau zwanzigtausendsten Mal ausgestrahlt wurde. Sogleich glaubt er an "Gute Zeiten - schlechte Zeiten" oder Deutschland-sucht-den-Superstar-Ähnliches. Erst nach langem Nachrechnen, was wie oft pro Woche gesendet wird und was am ehesten an die Zahl 20000 herankommt, entschied er sich zuletzt und zögerlich für die richtige Lösung "ARD-Tagesschau", die ihm aber offensichtlich praktisch unbekannt war und an die er zuallerletzt gedacht hatte. Im bayerischen Rathaus hocken, immer schön ans CSU-Tun glauben, ja, da braucht man sich freilich nicht groß selber zu informieren. Man macht sein schwarzes Wahlkreuzle, und "guet isch". Die eigenen Oberen werden's schon richten ...

Da könnte mich doch glatt der Zorn packen: Wie blöd muss eigentlich jemand sein, dass er die Quatsch-, Kitsch- und Klamauksendungen bestens kennt, aber von seriöser Information offensichtlich nichts weiß und hält.

## Sagen, was Sache ist. Lesen, was schlaun macht.

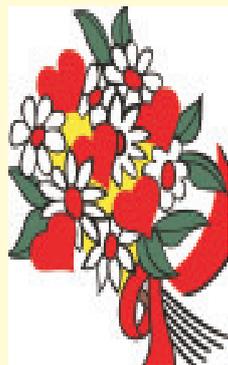
's Rote Füchslle entwickelt sich immer wieder in kleinen Schritten weiter. In der Titelzeile und auf jeder zweiten Seite unten trägt es jetzt den neuen Wahlspruch: "Sagen, was Sache ist. Lesen, was schlaun macht."

Diesem Motto will die Redaktion weiterhin gerecht bleiben und hofft dabei auf klug machende Auswirkungen auf die Leserschaft. Vorausgesetzt natürlich, diese liest das Blatt auch tatsächlich ... Mit Nackedeis, Klatsch- und Tratschgeschichten wollten wir noch nie dienen. Auch Verlobungs- und Heiratereignisse oder Sexskandalgeschichten des europäischen Hochadels müsste man/frau woanders nachlesen. Wer sich von einem D. Bohlen verarschen und beleidigen lässt bzw. wer diesen Ereignissen lustvoll zuguckt, geht im Roten Füchse ebenfalls leer aus. Hart, gell?

Aber irgendwie haben wir einen deutlich höheren "gripsmäßigen" Erwartungshorizont, was unsere Leserschaft betrifft. Und gewiss auch zu Recht ... ■

## „Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre  
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen			
geboren am		wird	Eintrittsjahr		Jahre	
20.	3.	Amjad Saeed	70	1971	Walter Kraus	40
				1979	Stefan Enderle	32
				1976	Gitta Hörger	35

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

**Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!**

**Impressum:** 's Rote Füchslle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchslle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechslle@t-online.de \* **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.





## SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.  
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis begrüßt die Entscheidung des Bundessozialgerichtshofs, privat versicherten ALG-II Empfängern den vollen Beitrag zur Krankenversicherung auszuzahlen.

"Die Entscheidung des Bundessozialgerichtshofs schafft Gerechtigkeit für die Bedürftigen", so Mattheis. Allerdings werden die privaten Krankenkassen nun gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen bevorteilt. Während die privaten Kassen nun den Krankenkassenbeitrag eines Bedürftigen im vollen Umfang erhalten, bekommen die gesetzlichen Krankenkassen nur 131,34

Euro pro Person, obwohl zur Deckung aller Leistungsausgaben rund 280 Euro im Monat notwendig wären. "Den Differenzbetrag trägt die Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten. Dieses System ist zutiefst unsolidarisch." Die gesetzlich Versicherten subventionieren die Anteile, die die Bundesagentur für Arbeit für die gesetzlich versicherten Leistungsempfänger nicht

ausgeben will. Die Bundesagentur müsse schon aus Gerechtigkeitsgründen den vollen Beitrag auch für die gesetzlich Versicherten übernehmen. "Besser wäre es natürlich, wenn durch die Einführung einer Bürgerversicherung endlich alle Versicherten an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt würden", so Mattheis abschließend.

### Es darf in der Pflege keine zwei Klassen geben

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis trafen sich Fachleute der Region aus dem Gesundheits- und Pflegebereich sowie Interessierte zu einem offenen Dialog zur aktuellen Gesundheits- und Pflegepolitik. Hierzu lädt die Ulmer Abgeordnete regelmäßig ein.

Im Mittelpunkt der Gesprächsrunde stand die aktuelle Reform der Pflegeversicherung und die nötigen Veränderungen im Bereich der Pflege. Die ExpertInnen waren sich darin einig, dass eine Verzahnung von ambulanter und stationärer Pflege in Zukunft wichtiger denn je sei und die Beteiligung der

Kommunen am Ausbau der Infrastruktur die richtige Antwort auf den demografischen Wandel sei. Die Kommunen müssten den Schwerpunkt auf den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Versorgungsstrukturen legen. "Der Ausbau kommunaler Strukturen ist ebenso wie der Ausbau der Kinderbetreuung ein wesentlicher Standortfaktor für die Attraktivität der Kommunen," so Hilde Mattheis.

Zudem müsste die Grundlage aller Reformschritte die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes sein. Auch darin unterstützten die Anwesenden die von Hilde Mattheis vorgebrachten Ziele der SPD.

Ein weiteres wichtiges Thema war der gravierende Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Neben einer guten Bezahlung sei die Anerkennung der Leistungen der Pflegenden zentraler Punkt.

Ein klarer Appell ging auch an die Träger von Einrichtungen. Diese sollten mit guten Arbeitsbedingungen ihren Teil für ein längeres Verbleiben im Beruf leisten.

Generell sei klar: Gute Pflege müsse der Gesellschaft mehr wert sein.





Fortsetzung von Seite 2

Kurt Beck kommt noch vor dem Mittagessen zu seinem Auftritt. Er würdigt die Verdienste sozialdemokratischer Politiker/innen am derzeitigen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und beschwört besonders die Generationensolidarität, die er in seiner Familie erlebt hat:

**Eine Kuh säugt niemals an ihrem Kälbchen, ...**

... hat die Großmutter ihrem Enkel Kurt einst mit auf den Weg gegeben. Zu viele Intellektuelle malen die Gefahr an die Wand, so Beck, dass die Rentnergeneration eines Tages die Minderheit der Jungen materiell aussaugen könnte.

Giftige Pfeile schleudert der frühere SPD-Vorsitzende in Richtung Schwarz-Gelb in Berlin, die mehr miteinander

streiten wie die Kesselflicker anstatt geschickt zu regieren.

Am Nachmittag gehen die 320 Delegierten endlich an ihre Arbeit. Sie beschließen das neue SPD-Regierungsprogramm, das auch im Internet unter [www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de) heruntergeladen werden kann.

Den Jusos gelingt wie in Ulm ein überraschender Coup gegen den Willen des Landesvorstandes. Sie schaffen eine knappe Mehrheit für einen Antrag, der schon im Kommunalwahlkampf der Friedrichshäfler SPD 1994 eine wichtige Rolle gespielt hat und in Heilbronn seit einigen Jahren bereits praktiziert wird: der gebührenfreie Besuch der Kindergärten, also dass die Eltern für die Betreuung ihres Kindes im Kindergarten keine monatliche Gebühr mehr

bezahlen müssen. Es ist schon interessant, dass einige der Nehmerländer in Deutschland (Saarland, Rheinland-Pfalz, Bremen und Berlin) den kostenfreien Pflichtbesuch des Kindergartens bei sich eingeführt haben, zumindest im 3. Kindergartenjahr und das mitbezahlt von den so genannten Geberländern im deutschen Länder-Finanzausgleich, also auch von Baden-Württemberg.

Ein weiterer Antrag fand ebenfalls eine Mehrheit, nämlich, dass es Mitgliederbefragungen in der Landes-Partei geben soll während der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart.

Wir danken dem Autor Willi Bernhard und der Seehas-Redaktion für die freundlich gewährte Abdruckerlaubnis. ■



**Rückblick auf das Jahr 2010 - Aussichten**

“Auf Initiative unserer Kreisvorsitzenden wurde am 10. November 2004 in Anwesenheit der 60-Plus-Landesvorsitzenden Dr. Konstanze Wegner die Gruppe 60plus Alb-Donau ins Leben gerufen.” Dieser Satz stand bereits in der Rückblende für das Jahr 2007.

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr: nahezu überflüssig und das - fast - unbestritten. Wir sollen zwar die stärkste Gruppierung in der SPD sein - noch vor den Jusos - und haben in allen unseren Ortsvereinen jede Menge Arbeit erledigt, doch wer interessiert sich noch für diese Grufties aus dem 3., 4. oder manchmal auch 5. Lebensabschnitt - und erst recht für diese Buchstaben?

Denn selbst in den eigenen Reihen - wir sind 178 "Mitglieder" allein im Alb-Donau-Kreis -, hat sich nur ein kleiner Kreis herausgebildet, der zu den einzelnen Einladungen kommt.

Trotzdem: wir machen weiter.

Einige neue Ziele stehen bereits auf dem Plan. Und vielleicht kommen wir in diesem Jahr auch ganz in den Nordosten unseres Einzugsgebietes, bis ins Naturfreundehaus Langenau.

Horst Feiler, Illerkirchberg





Blaubeurer Erklärung - SPD Blaubeuren

## “Eine Koalition mit der CDU muss von vornherein öffentlich ausgeschlossen werden“

An den Landesvorstand  
der SPD Baden-Württemberg

An die Landtagsfraktion  
der SPD Baden- Württemberg

BLAUBEURER ERKLÄRUNG: Ausschluss einer schwarz-roten Koalition nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg / Für einen Politikwechsel im Land

Lieber Nils Schmid, lieber Parteivorstand,  
liebe Landtagsfraktion,

Liebe Genossinnen und Genossen,

Angesichts der derzeitigen Umfrageergebnisse sind nach der Landtagswahl mehrere Konstellationen möglich. Neben Rot-Grün oder Grün-Rot würde es sehr wahrscheinlich auch möglich eine schwarz-rote Koalition zu bilden. Der Landtagswahlkampf 2011 wird von drei großen Themen bestimmt:

- Die Verwirrung um das Bauprojekt Stuttgart 21 / NBS Ulm
- Bildung mit den Schwerpunkten Ganztagesbetreuung, G8, Trennung nach Klasse 4
- Energiepolitik (Atom-Laufzeiten, Erneuerbare)

In der Frage Stuttgart 21 spricht sich die Landes-SPD für mehr Bürgerbeteiligung aus und strebt Volksentscheide bei Großprojekten an. In seinem Mitgliederbrief wies uns der Landesvorsitzende Nils Schmid darauf hin, führte dann aber seitenlang aus, warum die SPD sich für das geplante Projekt aussprechen sollte. Die Landtagsfraktion unterstützt den sofortigen Weiterbau nach der Schlichtung.

Sowohl in Fragen der Bildung als auch der Energiepolitik sind die Parteiprogramme der Grünen und der SPD fast deckungsgleich. Dennoch gibt es keinen Schulterschluss mit den Grünen und auch keine entsprechende Koalitionsaussage.

Die CDU vertritt eine völlig andere Philosophie bei der Bildungsfrage, besteht weiterhin

auf dem Turbogymnasium und zahlt lieber "Herdprämien" als sich der Ganztagesbetreuung zu widmen. Mit der Verlängerung der Atomlaufzeiten hat die CDU nur zu deutlich gezeigt, nach wessen Pfeife in der Energiefrage getanzt wird. Würden die 100 Milliarden Gewinne auf dem erneuerbaren Sektor erwirtschaftet, würden viele tausend neue Arbeitsplätze geschaffen und Deutschland käme seinen Klimazielen näher.

Dennoch ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich die Landtagsfraktion für eine Koalition mit der CDU ausspricht.

Für die SPD könnten in einem Koalitionsvertrag mit den Konservativen mehr und bessere Ressorts herauspringen.

Doch gerade eine derartige Aussicht auf ein mögliches Verhalten nach der Wahl schadet der Partei, dem Vertrauen ihrer Mitglieder und ihrer Wähler.

Deshalb erklären wir an der Parteibasis:

- Eine Koalition mit der CDU muss von vornherein öffentlich ausgeschlossen werden
- Es dürfen keine Sondierungsgespräche mit der CDU geführt werden
- Das planmäßige Umsetzen des Projektes Stuttgart 21 darf nicht zur Bedingung für Koalitionsverhandlungen mit den Grünen werden.
- Eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung darf von der SPD nicht toleriert werden

Sollten unsere Forderungen ignoriert werden, müssen wir ernsthaft über Stimmentzug und in letzter Konsequenz über den Parteiaustritt nachdenken.

Wir wollen den Politikwechsel in Baden-Württemberg!!!

Blaubeuren, 2. Februar 2011

Red.: Der Erklärung ist eine Liste mit 12 Unterschriften von Blaubeurer SPD-Mitgliedern beigelegt.

**KOMMENTAR** "Bei der Landtagswahl in Hessen am 27. Januar 2008 verlor die CDU ihre absolute Mehrheit und die SPD wurde mit 0,1 Prozentpunkten Abstand zweitstärkste Partei nach der CDU. Andrea Ypsilanti strebte nach der Wahl eine von der SPD geführte Regierungsbildung unter Beteiligung der Linken an. [...] Die anvisierte Rot-Grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung durch die Partei Die Linke (nach Magdeburger Modell) **stand im Gegensatz zu Aussagen Ypsilantis vor der Wahl**, mit denen sie wiederholt jedwede **Zusammenarbeit** mit der Linken **ausgeschlossen** hatte. Ypsilanti wurde in dem Zusammenhang **Wortbruch** vorgeworfen." (Wikipedia)

Ich meine, "heilige Schwüre" oder entsprechende Bemühungen vor Wahlen, ganz gewiss mit den einen oder anderen **NICHT** koalieren zu wollen, können gewaltig in die Sackgasse führen. Das hat man seinerzeit in Hessen überdeutlich erlebt, wo ohne Wortbruch überhaupt keine Regierungsmehrheit mehr möglich war, weil alle Parteien irgendetwas ausgeschlossen hatten: Mit diesen nicht, mit jenen nicht ...

Ludwig Dörner ■



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Kreisverband Alb-Donau  
St. Ida-Straße 11, 89171 Illerkirchberg

Arbeitsgemeinschaft  
sozialdemokratischer  
Seniorinnen + Senioren  
Tel.: 07346 / 56 55  
Fax: 07346 / 92 16 88  
[hfeiler@gmx.de](mailto:hfeiler@gmx.de)

### Einladung zu unserem nächsten Treff am 09. März

bei Marianne Dieter in Blaustein, Beginn wie immer um 15.00 Uhr

Liebe ASS / 60plusler,

Der Start ins neue Jahr begann recht erfolgreich. Zunächst wurde vom letzten Parteitag am vergangenen Samstag in Stuttgart berichtet und vor allem hervorgehoben, dass die beiden Hauptreden unseres Nils Schmid und auch des Gastredners Kurt Beck sicherlich stabilisierende Wirkung ausgestrahlt haben.

Ausreichend Diskussionsstoff brachten auch die letzten beiden ARD-Panorama-Sendungen über den Finanzdienstleister AWD in Hannover und seinen Gründer Maschmeyer. Hier wurden riesige Beträge überwiegend kleiner Anleger und Rentner auch der Nachbarländer regelrecht „abgezweigt“, ohne dass der Hauptverantwortliche bisher zur Verantwortung gezogen werden konnte. Maschmeyer selbst lebt in Saus und Braus und hat Parteigrößen aller Couleur sogar zum Freund. Auch Riester gehört zu diesen „Freunden“ und hat für seine Rentenpläne nachweislich beste Unterstützung von der AWD erhalten .

Große Überraschung für uns alle: Unser Landtagskandidat Alex Kübek hatte bereits sein Kommen zugesagt, konnte etwas früher zu uns stoßen und stand uns gut eine Stunde Rede und Antwort. So bekamen wir ganz frische Informationen zu den bevorstehenden Wahlen am 27. März 2011 und seiner Arbeit für unsere Partei - hervorragend unterstützt speziell von unserer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis.

89171 Illerkirchberg, den 27.01.2011 / fe  
Horst Feiler



Landtagskandidat  
Alex Kübek bei 60 plus

Foto: Horst Feiler



### Landtagswahl

## Argumente, die für das bei der SPD sprechen.

- Längeres gemeinsames Lernen anstatt sozialer Selektion.
- Gebührenfreiheit von der Krippe bis zur Uni anstatt teurer Kindergarten- und Studiengebühren.
- Individuelle Betreuung und Sprachförderung für alle Kinder anstatt Sprachtests und defizitorientierte Behebung von Lernrückständen.
- Die Gleichstellung von Mann und Frau voran treiben anstatt alte Rollenbilder aufrecht zu erhalten.
- Die Bekämpfung von Armut, vor allem bei Kindern anstatt Zementierung gesellschaftlicher Trennlinien.
- Eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung mit einer Bürgerversicherung anstatt einer Zwei-Klassen-Medizin.
- Sozialer und ökologischer Wandel in der Wirtschaftspolitik anstatt freie Märkte und Dumpinglöhne.
- Die Förderung regenerativer Energien anstatt Festhalten an der Atomenergie.
- Vielfalt nutzen anstatt Vorurteile zu schüren und Unterschiede herauszustellen.
- Zugang zu Kunst und Kultur für alle anstatt Elitenförderung.
- Die Einführung einer Vermögenssteuer, um Bildungsausgaben zu finanzieren anstatt Klientelpolitik und Steuergeschenke für Reiche.
- Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung anstatt Arroganz der Macht gegen die BürgerInnen.
- Eine rot-grüne Regierung, Abwahl von CDU und MP Mappus. ■



## Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

[www.europarl.europa.eu/pdf/welcome\\_brochures/for\\_you/working\\_for\\_you\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf)

Einheitliche Ansprechpartner

### Dienstleistungsrichtlinie soll konsequent umgesetzt werden.

Die Einrichtung der einheitlichen Ansprechpartner, die Anerkennung von Berufsqualifikationen und die Verwaltungszusammenarbeit in den Mitgliedstaaten stehen im Vordergrund des Berichts zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, den der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz am Mittwoch in Brüssel angenommen hat.

„Ich erkenne zwar an, dass die Mitgliedstaaten viele Anstrengungen unternommen haben, um die sehr komplexe Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin Evelyne Gebhardt. „Dennoch besteht Anlass zur Sorge, dass die in der Richtlinie vorgesehenen einheitlichen Ansprechpartner nicht entsprechend eingerichtet werden“, so die SPD-Abgeordnete weiter.

„Nachdem es dem Europäischen Parlament gelungen war, die Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße zu stellen und dafür zu sorgen, dass die Dienstleister das

Recht des Staates, in dem sie arbeiten, respektieren müssen – das sogenannte Ziellandprinzip –, konnten wir die entscheidenden Vorbehalte gegenüber der Richtlinie wegräumen. Jetzt ist es aber unerlässlich, den Nutzen der Dienstleistungsrichtlinie auszuschöpfen. Dazu müssen die Mitgliedstaaten die einheitlichen Ansprechpartner so einrichten, dass sie leicht zugänglich, informativ und hilfreich sind. Eine bloße Website reicht da bei weitem nicht aus“, fügte Evelyne Gebhardt hinzu. So sei es notwendig, dass hinter der Website Menschen stehen, die bei Bedarf weiterhelfen können und den Zugang zum europäischen Markt für die Dienstleister ebnen.

Wichtig sei es auch, dass wesentliche Informationen über Arbeitsrecht, Finanzbestimmungen oder Hilfe bei der Anmeldung bei der Sozialversicherung bereitgestellt werden. „Um das zu gewährleisten, ist es unabdingbar, dass die Behörden eng mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten. Denn wir wollen dafür sorgen, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen ein fairer Wettbewerb ist“, so Evelyne Gebhardt.

Damit das Instrument der

einheitlichen Ansprechpartner wirksam werden kann, fordert der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine Informationskampagne zu starten, damit die Betroffenen überhaupt erfahren, dass sie diese Partner an ihrer Seite haben.

#### Hintergrund:

Die Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG vom 12.12.2006) soll zum Entstehen eines EU-Binnenmarktes auch für Dienstleistungen beitragen, indem insbesondere protektionistische Barrieren abgeschafft und einheitliche Ansprechpartner geschaffen werden, um bürokratische Hürden für transnational agierende Unternehmen abzubauen. Als Berichterstatterin konnte Evelyne Gebhardt deutliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des damaligen EU-Binnenmarkt-Kommissars Bolkestein durchsetzen (insbesondere die Streichung des viel kritisierten Herkunftslandsprinzips). Die Umsetzungsfrist für die Mitgliedstaaten lief am 28.12.2009 aus.

Für weitere Informationen:  
Büro Evelyne Gebhardt +32 2 28 47466 ■



# Damals im März

Gerhard Tessin

## Vor 90 Jahren (1921): Abstimmung in Ober- schlesien, Unruhen in Sachsen

Der März 1921 war ereignisreich. Auf der Londoner Konferenz lehnte Deutschland den alliierten Beschluss vom Januar ab, in dem die Reparationssumme von 226 Milliarden Goldmark festgesetzt wurde. Stattdessen bot die Reichsregierung eine Gesamtsumme von 50 Milliarden an, wovon bereits bezahlte Beträge abgezogen werden sollten. Das Geld wollte man durch internationale Anleihen aufbringen. Die Alliierten wiesen diesen Vorschlag zurück. Am 7.3. wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Tags darauf wurden die im Versailler Vertrag bei Zahlungsverweigerung angehängten Sanktionen verhängt: Französische und Belgische Truppen besetzten Düsseldorf, Duisburg, Mülheim und Oberhausen.

Der Versailler Vertrag sah auch Abstimmungen über den Verbleib im Reich vor in Schleswig, dem südlichen Ostpreußen, dem östlichen Westpreußen, Eupen-Malmedy und dem Saargebiet, dort aber erst nach 15 Jahren. Dass auch Oberschlesien zu den Abstimmungsgebieten geschlagen wurde, war der einzige Erfolg, den die

Reichsregierung bei ihren schriftlichen Gegenvorschlägen im Mai 1919 verbuchen konnte. Am 20.3. fand nun diese Abstimmung statt, die darüber entscheiden sollte, ob das wichtige Industriegebiet weiterhin zum Reich gehören oder an Polen fallen sollte. Oberschlesien war seit Februar 1920 einer alliierten Kontrolle unterstellt, die von einem französischen General geleitet wurde, der aus seiner Sympathie für Polen keinen Hehl machte. Im Vorfeld der Abstimmung gab es blutige Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen, angeheizt von Nationalisten beider Seiten. Verwickelt in die Kämpfe waren aus der regulären polnischen Armee beurlaubte Soldaten und deutsche Freikorps, die insgeheim von der Reichswehr unterstützt wurden. Viele Deutsche, die aus Furcht, ihre Heimat könnte an Polen fallen, geflohen waren, wurden mit Sonderzügen zur Abstimmung gebracht. Das Ergebnis der Abstimmung schien deutlich. Bei einer Beteiligung von 98 % entschieden sich 59,6 % für Deutschland und 40,4 % für Polen. Bei genauer Betrachtung wurde es doch problematisch. 664 Gemeinden hatten eine deutsche Mehrheit, 597 eine polnische. Die meisten Städte im Industriegebiet lagen jedoch in Bezirken,

deren Bewohner mehrheitlich für Polen votiert hatten. In Deutschland jubelte man über das Ergebnis, doch auf alliierter - hier vor allem französischer - Intervention hin wurde über das Ergebnis nochmals beraten und dem Völkerbundsrat zur Entscheidung vorgelegt.

Unruhen anderer Art gab es zur gleichen Zeit in Sachsen. Im Industriegebiet von Mansfeld und Merseburg (heute Sachsen-Anhalt) protestierten unzufriedene Arbeiter. Weil dort angeblich ein kommunistischer Putsch in Vorbereitung war, mit dem eine deutsche Revolution ausgelöst werden sollte, rückten schwer bewaffnete Polizisten ein. Dies werteten die Kommunisten als Signal und riefen am 20.3. den Generalstreik aus. Es entwickelten sich schwere Straßenkämpfe und es kam zu Plünderungen. Doch der kommunistischen Führung unter dem wieder aktiven Max Hölz, der sich ein Jahr zuvor erfolglos zum Präsidenten des Vogtlands ausrufen ließ, entglitt die Situation. Am 24.3. besetzten 24 000 bewaffnete Belegschaftsmitglieder die Leuna-Werke. In Eisleben wurde die Räterepublik ausgerufen. Der Aufstand wurde bis Ende des Monats vom großen Polizeiaufgebot, verstärkt durch Reichswehreinheiten niedergeschlagen. Er kostete 145 Tote, tausende Arbeiter wurden verhaftet. Der revolutionäre Funke sprang aber nicht über. Im übrigen Deutschland fand der





Fortsetzung von Seite 10

Aufstand kaum Beachtung. Lediglich in Hamburg bei Blohm & Voss griffen kommunistische Arbeiter unter Führung Ernst Thälmanns zu den Waffen.

**Vor 60 Jahren (1951): Neues Besatzungsstatut**

Mit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 hatten die westlichen Alliierten der Bundesrepublik u. a. gestattet, konsularische Beziehungen zu anderen westlichen Staaten aufzunehmen und internationalen Organisationen beizutreten. Erste Schritte zu einer

westdeutschen Souveränität waren getan. Nun wurden der Bundesrepublik weitere Souveränitätsrechte eingeräumt (6.3.). Voraussetzung dafür war die Anerkennung der Auslandsschulden des Deutschen Reiches, was die Bundesregierung am 1.3. schriftlich zugesichert hatte. So konnten die neuen Bestimmungen des Besatzungsstatuts in Kraft treten: Anerkennung der Bundesregierung als Vertretung des ganzen deutschen Volkes; Zuerkennung des Rechts zur Einrichtung diplomatischer Vertretungen, also Botschaften; Aufhebung der Indus-

trie-Beschränkungen durch die Alliierte Hohe Kommission, wobei diese sich die Aufsicht über die Entflechtung und Dekartellisierung der Kohle-, Stahl- und Filmindustrie sowie der IG Farben und der Großbanken vorbehielten.

Bis zur Einrichtung eines Verfassungsgerichts konnten Änderungen des Grundgesetzes nur mit Genehmigung der Besatzungsmächte erfolgen. Diplomatische Beziehungen durften allerdings nicht mit kommunistischen Staaten aufgenommen werden. Das Amt des ersten Außenministers der Bundesrepublik übernahm Bundeskanzler Adenauer zusätzlich. ■

**(L)eserpost I**

Bedanken möchte ich mich für v. a. für den Lesespaß im neuen "Roten Fuchsle", aus dem ich als alter Kutscher noch viel lernen kann. Ich bewundere euch!

Heinz Surek  
Laichingen



"Münfte" bei uns in Ehingen



Oben: Münfte gefragt, zugehört, berichtet: (v. li.) Andreas Hacker (ET), Klaus Wieschemeyer (SZ)



Oben: "Was - ihr wollt mich mit dem Roten Fuchsle bekannt machen? Oh, das hab ich schon längst im Willy-Brandt-Haus in Berlin gelesen!" sagte Franz Müntefering verschmitzt, als ihm Stephanie Bernickel ein Exemplar überreichen und vorstellen wollte. Für die Fotografen hielt Münfte dann doch unser Blättle hoch. Was er im Pressegespräch den beiden Ehinger Zeitungen zu sagen wusste, stand dort ausgiebig nachzulesen. Nur eines glaubten beide ihrer Leserschaft vorenthalten zu müssen, dass 's Rote Fuchsle in Berlin offenkundig ein Stück weit bekannt ist und auch von "Münfte" längst zur Kenntnis genommen wird ... Von links: Franz Müntefering, Alex Kübek, Stephanie Bernickel. Fotos K. Dorner ■

Links: Zur Freude der Schwanenwirtin Hedi Miller trägt sich Franz Müntefering ins Gästebuch der Traditions gaststätte ein. Und ein flüssiges Andenken an die Bierkulturstadt Ehingen war ihm ebenfalls willkommen, überreicht vom SPD-Ortsverein.



## (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchse berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise bis Redaktionsschluss mitgeteilt. Danke!

**Evelyne Gebhardt MdEP**

- Di, 18. Januar 2011: In der Entschließung des Parlamentes zur Anerkennung der Landwirtschaft als strategischen Sektor für die Ernährungssicherheit, den ich grundsätzlich begrüßt habe, stand auch ein zügigeres Verfahren in der EU für die Genehmigung der Einfuhr neuer gentechnisch veränderter Futtermittelvarianten zur Abstimmung. NEIN
- Mi, 19. Januar 2011 : Am Mittwoch wurde ein neues Gesetz verabschiedet, dass es Patienten erleichtern soll in anderen EU-Mitgliedsländern medizinische Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Es geht in erster Linie darum klarere Regeln zur Erstattung von Kosten und eine umfassende Information von Patienten über ihre Rechte zu gewährleisten. Die Mitgliedsstaaten müssen ihre nationale Gesetzgebung innerhalb von 30 Monaten anpassen. JA
- Do, 20. Januar 2011: Entschließung gegen belarussische Beamte, Richter und Sicherheitsbeamte, die an der gewaltsamen Auflösung von Protesten gegen die Wahlen

am 19. Dezember 2010 beteiligt waren. Die Aufhebung dieser Maßnahmen soll von der Freilassung inhaftierter Oppositionsführer abhängen. Außerdem sollen weitere gezielte Wirtschaftssanktionen gegen die belarussische Regierung in Erwägung gezogen werden. JA

**Hilde Mattheis MdB**

Zustimmen wird Hilde:

- Donnerstag, 20. Januar 2011  
Antrag SPD: "Mehrgenerationenhäuser erhalten und weiterentwickeln - Prävention stärker fördern"
- Freitag, 21. Januar 2011  
Antrag SPD: "Deutschland braucht im ganzen Land einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr"

Ablehnung am 28. Januar 2011:

- Antrag der Bundesregierung: "Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010)

des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen".

Zu der namentlichen Abstimmung über ein neues Bundeswehrmandat im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

Ohne konkreten Abzugsplan keine Zustimmung zum Mandat!

Dem vorliegenden Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan werde ich nicht zustimmen. Das heute vom Bundestag verabschiedete Mandat beinhaltet keinen klaren Abzugsplan. Im Gegenteil: Die Regierung und Verteidigungsminister zu Guttenberg drücken sich vor klaren Aussagen.

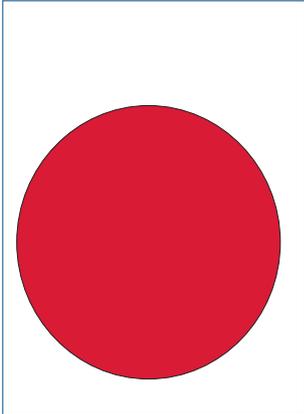
Die nächsten Schritte zu einer Übergabe in afghanische Sicherheitsverantwortung und die Vorbereitung der Truppenreduzierung müssen, wie bereits letztes Jahr beschlossen, endlich angegangen werden. Das Mandat jedes Jahr um ein weiteres zu verlängern, ohne dass endlich ein Ende benannt wird, ist nicht mehr länger hinnehmbar. ■



März —  
zwischen  
Raureif,  
Fasnet  
und ersten  
Blüten  
(-träumen)

Fotos LD





# Der Diens- Tags- Treff



Protokoll vom  
1. Februar 2011

Dieter Volgnandt

Dass es dem Protokollanten manchmal gehen kann wie dem Hasen mit dem Igel, der immer schon da war, wohin sich der Hase erst noch atemlos verrennt, scheint der Februartreff zu bestätigen: Zuerst kommt er zu spät, da hat die Referentin ihren Vortrag schon gehalten und die Diskussion darüber ist auch schon im Abflauen begriffen. Dann steht' s für alle nachlesbar in der Zeitung, und last but not least schneit der Münze am Samstag auch noch ins Schwert, so dass die Thematik von vorgestern am Sonntag drauf gleich doppelt veraltet erscheint. Nehmen wir es als glückliches Omen für den Wahlausgang, dass Genosse Müntefering da war und uns allen guten Mut zugesprochen hat, was sogar beide Zeitungen zu einem größeren Bericht mit Bild motivieren konnte.

Wenn es den Wählern so geht wie den Genossen und Interessenten, dann könnten die Themen Kitas und Schulen vielleicht zur Stimmabgabe für uns mobilisieren. Denn nicht nur wegen der aus Stuttgart und aus Untermarchtal angereisten Prominenz war der Dienstagstreff am 1. Februar trotz der kleinen Eiszeit in Ehingen gut besucht, auch das Thema musste den Gästen unter den Nägeln brennen.

### **Zu Gast: Marianne Wonay**

Marianne Wonay, SPD-Landtagsabgeordnete aus Emmendingen, hatte zur Unterstützung unserer Kandidaten Alex Kübek und Stephanie Bernickel mit den Themen Kinderkrippenplätze, Kitas, vorschulische Erziehung, Ganztageschulen und Bildungsgerechtigkeit gesprochen und damit wieder etwas Öl in das schon im Verglimmen begriffene Feuerchen gegossen.

Denn wie es sich herausstellte, betrifft gerade dieses Thema das in Deutschlands Südwesten immer noch besonders leidige "Frauen- und Rabenmutterproblem": Soll die Mutter denn als richtige Mutter zu Hause bleiben und von dort als liebende Glücke für alles sorgen, für die frühkindliche Bildung, Erziehung, Sozialisation - kurz für alles zuständig sein, was der Mensch zum Eintritt in die Gesellschaft bedarf, oder soll die Frau ihrer guten Ausbildung geschuldet ihre Karriere starten und notfalls keine Kinder haben?

Oder soll sie beides unter einen Hut bringen und mit dem Risiko, sich zwischen alle Stühle zu setzen und es keinem recht zu machen?

Für Marianne Wonay gibt es da keine Frage, weshalb sie auch auf den Einwand, dass erst das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei sein sollte, eine klare Antwort gab:

### **Nein, am Anfang und gleich von Beginn an sollte das Pflichtjahr im Kindergarten gelten.**

Das sei im Übrigen von der Regierung in Baden-Württemberg nie eingelöst worden. Außerdem gelte es, das Potenzial von Frauen - "wir haben die am besten ausgebildete Frauengeneration" - wirtschaftlich zu nutzen und von daher müssten die Kommunen die Infrastruktur bereit stellen und so ihren Standortvorteil erhöhen. Wer also in Zukunft mehr Zuzug und mehr Nachwuchs will, der verdammt die Frauen nicht in die Küche und an den Herd, sondern ermöglicht ihnen Mutterschaft und berufliche Karriere, wie man am Beispiel unseres Nachbarn Frankreich am besten studieren könne.

Dass wir Sozialdemokraten statt des "Sowohl-als-Auch" dazu mehr eindeutige Positionen beziehen sollten, ergab

Weiter auf Seite 16 →→→



Hauptverantwortung für Raubbau liegt bei den hoch industrialisierten Ländern

## "Die XXXL-Gesellschaft"

Alex Kübek, unser Landtagskandidat

Exzessiver Konsum ist mitverantwortlich für die Zerstörung der globalen Ökosysteme: Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht "Zur Lage der Welt 2010" des führenden US-amerikanischen Umweltinstituts Worldwatch. Umweltfreundliche Technologien oder staatliche Maßnahmen würden allein nicht ausreichen, um die Menschheit vor schweren Klima- und Umweltschäden zu schützen - dafür brauche es auch einen grundlegenden Wandel des Konsumverhaltens.

Derzeit übernutzt die Weltbevölkerung die natürlichen Kapazitäten der Erde um rund ein Drittel. Die Hauptverantwortung für diesen Raubbau liegt bei den hoch industrialisierten Ländern.

Um das Kaufinteresse der Verbraucher wachzuhalten, unternehmen Handel, Konsumgüterindustrie und Marketing viele Anstrengungen:

Mehr als 100 Joghurtsorten im Kühlregal, täglich frisches Obst in vielen unserer Einkaufsmarktketten, ein unendliches Angebot an Kleidung, ein Meer an Elektro-Mediengeräten, die Gestaltung von Erlebniswelten in Einkaufszentren und ausgeklügelte Werbung sind nur einige Beispiele für Anreize, die den vielschichtigen Bedürfnissen der Kunden zu entsprechen suchen.

Ein wöchentlich wechselndes Angebot an Gütern die nicht unbedingt zur existenziellen Grundversorgung benötigt werden - ein boomender Internet-Handel sind Erscheinungen, die sich in den letzten Jahren immer mehr verbreitet haben.

All dies geschieht im Zeichen von Wettbewerb und Wachstum, die für Beschäftigung, Wohlstand, Fortschritt und Umverteilung des erwirtschafteten Gewinns sorgen sollen.

Doch der Massenkonsum hat auch problematische Begleiterscheinungen:

Unsere Gesellschaft wirft ca. 30 Prozent der Lebensmittel wieder in den Müll. In Zahlen ausgedrückt sind das allein in Deutschland bis zu 20 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr, großen Mengen fast neuwertiger Kleidung wird ein ähnliches Schicksal zuteil.

Gebrauchte oder nicht mehr absatzfähige Produkte gelangen über Vertriebskanäle in Drittweltländer, wo sie unter Umständen, etwa aufgrund ihrer Niedrigpreise, die einheimischen Hersteller ruinieren.

Massentierhaltung und Tierversuche sind heftig umstritten. Die übermäßige Warenproduktion schädigt die Umwelt und erschöpft die natürlichen Ressourcen, so dass nicht sicher ist, ob die künftige Generation den Lebensstandard, den wir im Moment noch haben, halten können noch ausreichende Lebensgrundlagen haben werden.

Obwohl der Ölpreis ein ziemlich hohes Niveau erreicht hat, bemerkt man nicht, dass der Verbrauch eingeschränkt wird, nein - unsere Straßen sind voll, am Wochenende mit Privatverkehr, während der Woche mit Berufs- und Schwerlastverkehr.

Immer noch werden aus

Luxusgründen Autos hergestellt, deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Spritverbrauch einen zu hohen Wert darstellen.

Trotz neuer Medien wie E-Mail und Computer sind wir heute weit entfernt vom erhofften papierlosen Büro, sie haben den Papierverbrauch sogar noch stärker ansteigen lassen als bisher.

Deutschland gehört neben Japan und den USA mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 236 kg zu den größten Papierverbrauchern weltweit, und Jahr für Jahr steigt der Verbrauch weiter an. Unser Land verbraucht so viel Papier wie der gesamte afrikanische und lateinamerikanische Kontinent zusammen. Bereits heute landet jeder fünfte weltweit gefällte Baum in einem Zellstoffwerk, mit steigender Tendenz. Hierfür werden Rohstoffe mehr und mehr in Entwicklungsländern erzeugt, mit teilweise erheblichen ökologischen und sozialen Konsequenzen für Mensch und Tier.

Durch dieses vielfältige Angebot an Konsumgütern verliert der Konsument mehr und mehr das Gefühl für ökologisches Handeln, sei es im Bereich von Energieverbrauch, im Bereich privater Haushalte, im Geschäftsbereich und im Kommunalbereich.

Ob dieses Konsumverhalten





■■■ Fortsetzung von Seite 13

zu mehr Lebensqualität und mehr Lebensglück verhilft, stellt sich die Frage.

Diesen Zustand gilt es zu ändern, wollen wir unseren Nachkommen eine lebensfähige Erde zur Verfügung zu stellen.

**Die Menschheit wird umdenken müssen.**

Doch ist ein Wandel der Konsumkultur möglich und auch bereits im Gang:

Durch bedachte Verhaltensmuster und Lebensstile

können wir die Gesellschaft zu einer Kultur für Nachhaltigkeit bewegen. "Der Kunde bekommt ein Produkt und gleichzeitig handelt er klimafreundlich". Damit der Verbraucher Klima- und Umweltschutz im Alltag besser leben und umsetzen kann, treten die Verbraucherorganisationen zusammen mit der Politik und Wirtschaft für hohe Umwelt- und Sozialstandards ein.

Wir alle können dazu beitragen, umweltfreundliche Produkte und fairen Handel zu fördern.

Aber letztendlich kann individuelles Verhalten die großen Weichenstellungen in der Energie-, Verkehrs- oder Steuerpolitik nicht ersetzen. Verantwortlicher Konsum, schärfere Standards für Industrie und Landwirtschaft gehören zusammen.

Ein jeder einzelne von uns kann und sollte zu dieser Entwicklung seinen Beitrag leisten. ■

**(L)eserpost II**

Im neuen Fuchse hab ich u.a. den Text von Herrn Hübner gelesen .....

Ja, ein Stück WIRKLICHKEIT - (((((((((((((((

Veit Feger  
Ehingen

**(L)eserpost III**

Besten Dank für Euer Fuchse. Meine Helga hat es schon ganz auswendig gelernt und mir etliches erzählt. Das "Rus-sengrab" hab ich selber ganz gelesen.

Und die Kübek-Unterstützung ist einfach gut.

Horst Feiler  
Illerkirchberg-Oberkirchberg

**(L)eserpost IV**

Vielen Dank für eure tolle Basisarbeit!

Rudi Holoch  
Erbach

**(L)eserpost V**

Betreff: Rotfuchse! Folgendes stand in der Nordwest Zeitung vom 1. Februar 2011: ROT-FÜCHSE MIT EIGENEM KOMPASS

Essen/DPA. Nicht nur Zugvögel, sondern auch Füchse scheinen sich am Magnetfeld der Erde zu orientieren. Das legen Forschungen an der Universität Duisburg/Essen nahe. Rotfüchse können demnach ihren Jagderfolg deutlich erhöhen, wenn sie sich vor dem Sprung auf das Beutetier an der nordsüdlichen Kompassachse ausrichten. Es wird vermutet, dass Füchse sich dabei ähnlich wie Zugvögel an speziellen Photorezeptoren im Auge orientieren. Dadurch könnten sie möglicherweise die Entfernung zur Beute besser abschätzen.

Vielleicht hilft dieser Tipp aus der Natur bei der kommenden Wahl!

Carol Latschar-Keßler  
Ruttelerfeld

Anmerkung der Redaktion: Es war ja schon immer die Absicht beim Roten Fuchse: Ziele im Auge haben, den Durchblick bewahren und die Orientierung nicht verlieren, auch in zuweilen lausigen Zeiten ;-)))

**(L)eserpost VI**

Liebes Fuchse! Wer, bitte-schön, käme denn sonst noch

als anbetungswürdige Lichtgestalt aus Baden für den katholischen „walk of fame“ in Frage? Schäuble lebt noch und Boris („vom Bumm-Bumm zum Plem-Plem“, wie ihn ein Kolumnist in der Badischen Zeitung einmal charakterisierte), ebenfalls.

Und dem dritten bedeutenden Badener, der mir einfällt, dem Gründer Freiburgs, dem Zähringer Bertold, haben schon die Freiburger ein Denkmal hingestellt, das im Volksmund nicht ohne Grund „Contergan-Bertold“ heißt.

Und jetzt neiden die Schwobeseggel uns Gelbfüßlern unseren ersten Heiligen!

Mist, da war er schon wieder, der kleine, feine Rassismus; aber sehen wir es mal so: Die Kirche hat auch in Baden einiges wiedergutzumachen, und nach dem Missbrauchsskandal hat ja selbst das Wort Blasphemie ein G'schmäcke!

Übrigens: Würdet ihr mir vorübergehend Asyl gewähren, während der Ratzefummel den Zollitsch besucht?

Detlef Steiger  
Freiburg/Br.



Das Wahlkampf motto "Bildung kann was!" ist unser aller Motto

## Heiß auf den Wechsel?!

Stephanie Bernickel, unsere Landtagszweitkandidatin

Sind wir überhaupt "heiß auf den Wechsel"? Oder ist der Enthusiasmus auf Landesparteitagen, in Radiointerviews und auch bei Veranstaltungen in den Ortsvereinen nur "heiße Luft"? Ist die SPD im Land überhaupt in der Lage, eine Regierung zu führen bzw. Regierungsverantwortung zu übernehmen? Ich denke: Ja!

Doch heute soll es nicht um meine persönliche Einschätzung gehen, sondern ich möchte die **Erwartungen der Jusos** an diese Landtagswahl weitergeben.

Die Vorbereitungen auf den 27. März 2011 haben bei den Jusos Land auf, Land ab schon deutlich vor denen der SPD begonnen. Unzählige Stunden der Diskussion, Entscheidungen über die richtige Auswahl der Themen und der dazu passenden Kampagne waren oft zeitraubend. Am Ende hat sich - davon bin ich überzeugt - die viele Mühe gelohnt: Das Wahlkampf motto "Bildung kann was!" ist unser aller Motto, und wir sind bereit, unter die Leute zu gehen, um dafür zu kämpfen. Und dass die Jusos kämpfen können, haben sie in der Vergangenheit schon oft bewiesen. In vielen Regionen wäre der Wahlkampf ohne die Unterstützung der Jusos ein trauriges Spiel und gelegentlich überhaupt nicht vorhanden.

**Ich möchte Dir, lieber Alex Kübek, an dieser Stelle nochmals zusichern, dass wir alle hinter Dir stehen und jeder einzelne von uns Deinen Wahlkampf nach Kräften unterstützen wird.**

Nun aber zum eigentlichen

Thema: Wie sieht es mit unseren Erwartungen und Hoffnungen aus?

Die neuesten Umfragen zeigen, dass dieser Wahlkampf nicht auf Grund des Themas "Stuttgart 21" entschieden wird, sondern dass den Menschen im Land die Themen "Bildung" und "Energie" deutlich mehr am Herzen liegen. "Bildung" und "Energie"? Eigentlich doch unsere Steckenpferde! Jetzt müssen wir nur noch in der Lage sein, unsere Positionen so zu vermitteln, dass den Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg klar wird, dass die SPD zukunftsorientierte Politik machen will und dabei niemanden auf der Strecke zurück lassen möchte.

Die Erwartungen der Jusos an die Zeit des Wahlkampfes lassen sich ganz simpel konkretisieren: Engagement! Jeder einzelne Genosse und jede einzelne Genossin muss begreifen, dass wir uns in der historisch einmaligen Lage befinden, in unserem Land etwas zu verändern. Nach 58 Jahren CDU-Regierung haben wir die Chance, die Menschen davon zu überzeugen, dass eine Regierung unter Beteiligung der SPD unser Land voran bringen und zukunftssicher machen wird.

Für die Zeit nach dem Wahlkampf erwarten wir und wünschen uns, dass die Inhalte aus dem Wahlkampf eben nicht nur "heiße Luft" waren, sondern dass eine SPD mit Regierungsverantwortung dafür Sorge tragen wird, dass unsere Versprechen auch eingelöst werden. Wir versprechen den Bürgerinnen und Bürgern die Abschaffung der Studiengebühren, den Ausbau der Krippenplätze und die Umstrukturierung unseres Schulsystems - weg von sozialer Auslese hin zu individueller Förderung.

Wir versprechen den Ausbau unserer Infrastruktur, den Ausbau der erneuerbaren Energien und den konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie. Wir versprechen den Abbau der Arbeitslosigkeit, wir versprechen, unser Land zukunftsfähig zu machen, und wir versprechen ein flächendeckend funktionierendes Gesundheitssystem.

All dies gilt es umzusetzen. Dafür braucht es Kraft, Durchsetzungswillen und einen langen Atem. Aber wir sind es unserem Land schuldig, dafür zu sorgen, dass sich endlich etwas bewegt. ■



Fortsetzung von Seite 12 (Dienstagstreff)

**(L)eserpost**

Liebe Klara, lieber Ludwig,

der aus freundschaftlicher Verbundenheit mit euch herrührende Besuch des Wahlkampfabends in der Lindenhalle am 10.2. erwies sich, rückblickend, als für MICH ausgesprochen GUT und INFORMATIV.

Ich bedauere es nur, dass nicht mehr Leute aus ANDEREN Parteien kamen und sich das von dem hessischen SPD-Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel Gebotene anhörten! - Ich - politisch ja eher ein Außenseiter - erhielt von "TSG" einige wichtige Hinweise auf erwartbare gesellschaftliche Entwicklungen: auf Probleme der Abwanderung aus dem Ländlichen Raum, auf Folgen der demographischen Entwicklung (weniger Kinder), auf die daraus entstehenden Probleme für das Schulwesen, das Verkehrswesen, die Grundversorgung in kleinen Gemeinden etc. - Gefallen hat mir auch, dass "TSG" zu SELBSTtätigkeit aufrief.

Auch die Vortragsart von Herrn Schäfer-Gümbel gefiel mir: ruhig, sachlich, ohne Schaum-vorm-Mund, ohne Häme über politische Rivalen.

Es kann sein, dass TSG ohne Charisma erscheint, aber wenn man ihn mal so wie an jenem Abend des Donnerstag, 10. Februar, gehört hat, findet man ihn grundsolide, vertrauenserweckend, eine WERBUNG für Politik ganz allgemein - eigentlich ein großer Gewinn für die SPD und - wenn er anderswo wäre - für jede andere Partei.

Veit Feger  
Ehingen



sich in der weiteren Diskussion um Ganztages-schulen, die Reform des dreigliedrigen Schulsystems und die fällige Inklusion behinderter Menschen in die Regelschulen: Wenn wir sie fordern, müssen wir

diese Forderung auch konsequent vertreten. So kann eine Ganztages-schule nur für die Schüler, die das brauchen, während die anderen zu Hause bei Mutti lernen dürfen, nicht funktionieren. ■



Unser Landtagskandidat Alex Kübek hat sich den Ländlichen Raum zu seinem Schwerpunkt gemacht. Er fand im hessischen SPD-Landesvorsitzenden Torsten Schäfer-Gümbel ("TSG") einen kompetenten Referenten zu seinem Thema, wie auch beide Ehinger Zeitungen berichteten und der Leserbrief von Veit Feger eindrucksvoll bestätigt.

Fotos oberhalb:

- oben: Aufmerksame Zuhörerschaft
- unten links: Torsten Schäfer-Gümbel
- unten rechts: Alex Kübek, Stephanie Bernickel und "TSG" stellen sich den Redakteurinnen Frau Christina Kirsch (ET) (li.) und Frau Barbara Körner (SZ).

Fotos LD

Foto links:

Auch aufmerksam zuhören können: "TSG" und Hilde Mattheis MdB während des einführenden Referats von Alex Kübek.



Aus dem Terminkalender der EU-Abgeordneten Evelyne Gebhardt



# Und samstags zur Erholung frei

Evelyne Gebhardt MdEP

Die Europaabgeordneten treffen sich einmal im Monat in Straßburg, hauptsächlich um über allerlei Resolutionen und Richtlinien abzustimmen. Das ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist dagegen, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes fast die Hälfte ihrer Zeit - also ungefähr zwei Wochen im Monat - in Brüssel verbringen. Warum eigentlich?

Evelynes Kalender will am Beispiel einer Woche etwas Licht ins Dunkel bringen.

**Montag, 24. Januar 2011**

- **09h00:** Eigentlich sollte ich heute ja in Berlin sein, um an der Sitzung der Steuerungsgruppe des Bundesvorstands teilzunehmen. Schweren Herzens habe ich aber abgesagt. Die Verhandlungen in meinem Ausschuss "Binnenmarkt und Verbraucherschutz" über die Verbraucherrechterichtlinie gehen diese Woche in die entscheidende Phase. Da will ich gut vorbereitet sein.

Berichterstatter ist der Rottweiler CDU-Abgeordnete Andreas Schwab. Ausgerechnet ein Wirtschaftsliberaler. Ich bin sein "Shadow", die Berichterstatterin für unsere Fraktion und werde höllisch aufpassen müssen, dass die hart erarbeiteten hohen Verbraucherschutz-niveaus der Mitgliedsstaaten nicht aufgeweicht werden.

- **16h30:** Raus aus dem Flieger und gleich ins Büro.

- **19h00:** Die weiteren Vorbereitungen werden abends nur durch zwei Meetings mit dem

Vizepräsidenten des Parlamentes, Gianni Pittella, zum Bericht der Binnenmarktakte und mit meinen Fraktionsmitarbeitern Santina, Katri und Vincent unterbrochen.

- **22h00:** Erst spät abends geht's in meine Wohnung. Koffer auspacken.

**Dienstag, 25. Januar 2011**

- **07h30:** Bin heute schon ganz früh im Büro, um etliche Bürgeranfragen und Terminanfragen durchzusehen.

- **09h00:** Die Ausschusssitzung findet statt. Zeitgleich tagt auch der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten. Dort bin ich stellvertretendes Mitglied. Da muss ich leider passen. Ich kann und will mich ja nicht klonen.

- **13h00:** Mittagessen fällt heute aus. Ich treffe mich lieber mit ETUC, einem Dachverband von Gewerkschaften, um über die geplanten Maßnahmen im Rahmen der Binnenmarktakte zu diskutieren. Das Thema ist wichtig und in fünf Wochen finden schon die Abstimmungen im Ausschuss statt.

- **13h45:** Die Sitzungen zum

Ausschuss stehen wieder im Mittelpunkt. Erst die Arbeitsgruppe der Fraktion, dann, bis **18h30**, die Ausschusssitzung selbst.

- **19h00:** Bei all den Sitzungsterminen ging der Tag so schnell vorbei. Bis zum Abendessen mit meinen Kolleginnen und Kollegen von der SPD erledige ich noch ein bisschen Büroarbeit.

- **22h30:** Zurück in der Wohnung.

**Mittwoch, 26. Januar 2011**

- **09h00:** Die Sitzungen werden fortgesetzt. Heute findet im Ausschuss die Abstimmung über meinen Bericht zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie statt. Die Abstimmung ist wichtig, gilt sie doch als Empfehlung für die Abstimmungen in der kommenden Plenarsitzungswoche in Straßburg. Mit dem Ergebnis kann ich ganz gut leben. Meine wichtigsten Forderungen konnte ich jedenfalls durchsetzen, auch wenn wir Sozialdemokraten derzeit "nur" die zweitgrößte Fraktion im Parlament stellen.

- **10h45:** Ohne Pause schließt





Fortsetzung von Seite 17



Aus Evelyne Gebhardts Terminkalender

sich das Treffen der Koordinatoren, der Sprecher der Fraktionen im Ausschuss, an.

- 12h30: Während des gemeinsamen Mittagessens in der Parlamentskantine mit meinen Mitarbeitern aus dem Büro können wir uns gegenseitig auf dem Laufenden halten.

- 14h00: Noch schnell ein Interview mit "Radio France" und "Le Monde Diplomatique".

- 15h00: Dann treffen sich auch schon die "Shadows" der Verbraucherrechtlerin wieder. Dieses Mal unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Verhandlungen ziehen sich zäh dahin. Nichts geht voran. Zugegeben: Auch deshalb, weil ich auf meinen Positionen beharre und keine faulen Kompromisse eingehen will.

- 20h00: Am Abend lass ich mich noch beim Neujahrsempfang unserer Landesvertretung sehen. Ein Muss, schließlich hoffe ich, dass Mappus heute Abend zum letzten Mal als Ministerpräsident seine Neujahrsrede hält. Am 27. März werden wir's wissen.

- 23h00: Ich geh nach Hause. Brauche dringend ein paar Stunden Schlaf. Koffer packen nicht vergessen.

Donnerstag, 27. Januar 2011

- 06h00: Aufgestanden. Vormittags wird's sowieso ein bisschen hektisch.

- 09h00: Treffe mich bis 10h00 wieder zu den

Verhandlungen über den Bericht zur Binnenmarktakte.

- 10h00: Danach wartet schon mein Fraktionsmitarbeiter Vincent im Büro auf mich.

- 10h30: Während der Besprechung mit ihm habe ich eine Telefonkonferenz mit BEUC, der Dachorganisation der Verbraucherschutzverbände. Thema sind natürlich wieder die Verbraucherrechte.

Schwab ist mit einer bevorstehenden Einigung schon voreilig in der Öffentlichkeit vorgeprescht. Dabei kann davon wirklich keine Rede sein. Alle sind verwirrt. Ich versuche zu beruhigen.

- 10h45: Der Berichterstatter ruft an. Will mir einen neuen Kompromiss verkaufen. Das soll er mir schriftlich nachreichen. Ich überfliege die Zeilen. Das soll ein Kompromiss sein? Vollkommen inakzeptabel!

- 11h00: Schon so spät? In 45 Minuten muss ich los. Ein Bewerbungsgespräch steht noch an. Im Hintergrund wartet Hanno, ein Mitarbeiter unserer SPD-Gruppe, und braucht dringend noch Informationen.

- 11h28: Außerdem hat kurzfristig noch ein Journalist vom WDR angefragt. Nur herein. Auch der will nun wissen, wie denn der Stand bei den Verbraucherrechten sei. Ich kann nur dementieren. Nein, es gibt keine Einigung.

- 11h50: Schnell, schnell zum Flughafen. Eine ganz normale Ausschusswoche in Brüssel neigt sich dem Ende zu.

- 13h25: Ab Richtung Frankfurt. Von da ab fahre ich mit dem Zug nach Heilbronn.

- 16h51: Wolfgang, mein Mitarbeiter vom Wahlkreisbüro, holt mich ab.

- 19h00: Heute Abend beginnt nämlich der Wahlkampfauftakt in Neuenstein. Ich halte die Eröffnungsrede.

Freitag, 28. Januar 2011

Evelyne Gebhardt wohnt in Mulfingen im Landkreis Hohenlohe. In der Kreisstadt Künzelsau hat sie ihr Europabüro. Da bleiben auch Anwesenheits-"Pflicht" und Büroarbeit vor Ort nicht aus. (LD)

Am Freitagabend war eine Veranstaltung beim Partnerschaftsverein Aspach - Chemillé im Rathaus von Aspach.

Samstag, 29. Januar 2011

Am Samstag hatte ich keine Termine. Der Tag war zur Erholung vorgesehen.

Ach ja: Am kommenden Sonntagnachmittag geht's schon wieder zurück nach Brüssel. Die Abstimmungen im Ausschuss zu den Verbraucherrechten stehen an. Auf meine Genossinnen und Genossen kann ich mich dabei verlassen. Die Grünen scheinen sich mir auch anschließen zu wollen. Wohl auch die Linke. Ob's reicht?

Außerdem wird das Plenum in Brüssel tagen ... und Jean-Claude Juncker hat sich zu unserer Fraktionssitzung angesagt.

Ich freu mich schon... ■

Mehr dazu in der Aprilausgabe.



**Der Kunde ist der Depp (1)**

... von wegen "nie mehr kalte Finger, warme und trockene Hände" bei diesen Arbeitshandschuhen!

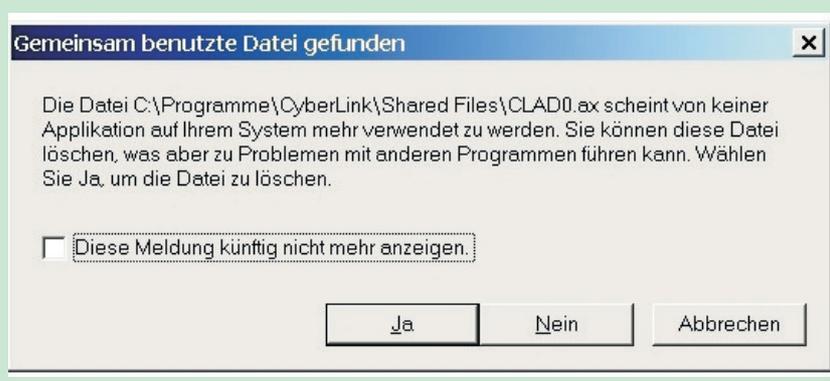
Aber vielleicht meint die Firma ja, wenn man damit in der warmen Stube hantiert ... Sie schreiben schließlich nicht, wo das gelten soll. Jedenfalls friert's den Kunden (draußen!) schon bei läppischen 5 minus an die Griffel. ■

**Der Kunde ist der Depp (2)**

Der Kunde kauft sich extra eine Software, die ihm seinen Computer pflegen und ordnen hilft. Sie löscht auch überflüssig gewordenen Datenmüll. Und dabei "erfreut" sie den Kunden mit gefühlten 5 Dutzend Meldungen wie abgebildet:

Der Kunde soll jetzt jedesmal selber raten oder an den Knöpfen abzählen oder würfeln, ob die zum Löschen vorgeschlagene Datei wirklich gelöscht werden kann oder ob sie vielleicht doch noch "irgendwo" benötigt wird.

Der per Mail kontaktierte Hersteller der (gekauften!) "TuneUp"-Software konnte dem Kunden auch nicht weiterhelfen. ■



**Der Kunde ist der Depp (3)**

Der Kunde schreibt ein Mail (hier leicht gekürzt) und erhält keine Antwort. **Keine Antwort ist dann freilich auch eine Antwort.**

'stockach@caramobil.de'

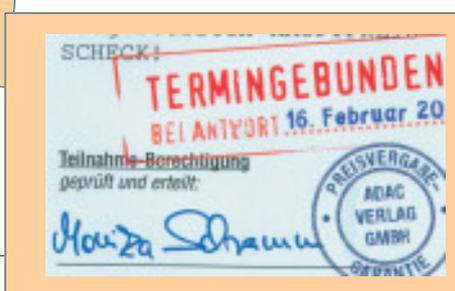
Am Eingang Ihres Campingplatzes steht u.a, dass abends ab 18 Uhr (oder so ähnlich) keine Fahrzeuge mehr auf dem Platz bewegt werden dürfen. Heißt das, wenn man z. B. um halb acht Uhr abends von einem Tagesausflug zurückkehrt, man sein Auto nicht mehr in den Platz mit reinnehmen darf? Und wo sollte es dann abgestellt werden? ■

**Der Kunde ist der Depp (4)**

Der Kunde erhält Post vom ADAC in einer Aufmachung, wie wenn er beim Automobilclub eine eigene Betreuerin hätte, die ihm - ganz persönlich und vertraulich - schreibt und ihm nur Gutes will. ■

ZUSTELLER-HINWEIS:  
EILIGE Sendung! Bitte unverzüglich zustellen.

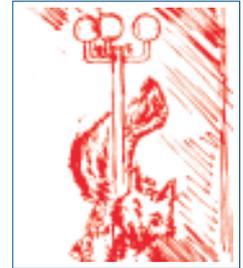
Lesen Sie meine  
inliegende Mitteilung!



Und dabei wollen einem die Brüder vom ADAC mit all ihrem schein-persönlichen Getue nur ein Zeitschriften-Abo aufschwätzen. ■



# Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

## Dienstag<sub>s</sub>-Treff

Öffentliche Veranstaltung

**1.**

März

**Schwert  
Ehingen**

**20.00 Uhr**

### Haushaltsplan Ehingen Landtagswahl

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles: Kreistag
- siehe Hauptthemen
- Planung Jahreshauptversammlung (mit Wahlen) am 15.4.2011
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:  
5. April 2011  
Gaststätte Schwert

### Infostände zur Landtagswahl

- 12. 3.
- 19. 3.
- 26. 3.

Immer samstags 9.00 bis 12.30 Uhr.  
Obere Hauptstraße nahe Marktplatz.  
Bitte möglichst viele Helfer/-innen!

## Öffentliche Veranstaltung

**9.**

März

**Rittersaal  
Schelklingen**

**19.30 Uhr**

### Politischer Aschermittwoch mit Martin Rivoir MdL, Alex Kübek, Stephanie Bernickel

- Landtagswahl: Was will die SPD in einer Landesregierung anstreben? Worin unterscheidet sie sich von der bisherigen Landesregierung?
- Aussprache
- Verschiedenes

### Wahlprospekte

- Selber austragen?
- Eine Spende an den Ortsverein übernehmen, damit dieser u. a. Austräger für Prospekte finanzieren kann?

Meldung bitte an Gerhard Müller (Kassier) oder an die Vorsitzende Klärle Dorner (0 73 91 - 68 66)

### Plakate kleben, ausbringen und zuletzt wieder einsammeln helfen? Auch jüngere Leute dabei gefragt - Jusos?

Meldungen bitte an Georg Mangold.

**... und am 27. März  
natürlich wählen  
gehen!**

**... und am 27. März  
natürlich wählen  
gehen!**

**... und am 27. März  
natürlich wählen  
gehen!**